

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Kirchhainstraße 6. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die Gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die Gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— RM. Bei Postbezug 1.50 RM.

Nummer 11.

Donnerstag, den 4. Februar 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Reichspräsident wird bei seinem Besuch des geräumten rheinischen Gebietes am 20. März auch Arefeld besuchen.

Anlässlich einer Rundgebung der Liberalen Vereinigung sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den liberalen Staatsgedanken. Weiter hielten Reichskanzler Dr. Luther und Staatsminister a. D. Koch Ansprachen.

In Wien haben sich 160 Vereinigungen zusammengeschlossen, die unter ihren Mitgliedern die Volksbewegung gegen Italien organisieren. Die Bewegung hat sich bereits auf den Warenverkehr ausgewirkt. Der Verkehr über den Brenner nach und von Italien ist bis auf ein Drittel des bisherigen Verkehrs gesunken.

Wie der „Petit Parisien“ berichtet, wird jedenfalls der eigentliche Zeitpunkt, an dem der Vorbereitende Ausschuss für die Entwaffnungskonferenz seine Arbeiten beginnen soll, vom Völkerbundrat, der am 7. oder 8. März zu seiner nächsten Tagung in Genf zusammentritt, festgesetzt werden.

Unter der Überschrift „Ein nutzloses Ueberbleibsel“ schreibt ein englisches Blatt, für die Fortdauer der Besetzung von deutschen Gebietsstücken nach dem Vertrag von Locarno, der Streitfragen der Entscheidung des internationalen Schiedsgerichtshofes unterwerfe, seien keine praktischen Gründe mehr vorhanden.

Wie verlautet, dürfte der italienische Vorkämpfer Graf Bosdari nicht mehr nach Berlin zurückkehren. Als voranschichtlicher Nachfolger wird Graf Bordonaro, früherer Vertreter Italiens in Prag, Wien und Brüssel, genannt. Graf Bordonaro, der, wie übrigens auch Graf Bosdari, eingeschriebenes Mitglied der faschistischen Partei ist, wird als sehr befähigt und energisch und als gründlicher Kenner der mitteleuropäischen Politik bezeichnet.

Zur Abrüstungsfrage.

Die Pariser Presse beschäftigt sich eingehend mit den Gründen, die die Vertagung der Vorbereitenden der Abrüstungskonferenz veranlassen. Es ist außerordentlich bezeichnend für die Stellungnahme des „Temps“ gegenüber Deutschland, daß er wiederum den Versuch macht, Deutschland unter den Staaten, die zur Teilnahme an der Konferenz offiziell eingeladen worden sind, in eine Sonderstellung zu zwingen. Das Blatt schreibt, die Vertagung könne sich auch aus einem anderen Grunde als mangelnder Vorbereitung und noch nicht erfolgter Einigung zwischen der Schweiz und Sowjetrußland rechtfertigen, nämlich aus der Lage, die sich aus der Tatsache der aktiven Mitarbeit Deutschlands ergeben könnte, ohne daß das Deutsche Reich dem Völkerbund angehört.

Der Fall Deutschland könne nicht mit dem der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands verglichen werden, denen es freistehe, nach ihrem Belieben ihre Verteidigungsmittel zu organisieren, während die Entwaffnung Deutschlands endgültig durch den Vertrag von Versailles geregelt sei. Die deutsche Presse weist bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß Deutschland die These unterstützen werde, daß die alliierten Mächte im gleichen Verhältnis entwaffnen müssen wie Deutschland. Diese These, die einzig und allein eine Herabsetzung der militärischen Streitkräfte Frankreichs, Polens und Belgiens zum Ziel habe, sei unhaltbar. Wenn sie auch nur einen Augenblick vorgebracht werden könnte, wäre es interessant festzustellen, ob die Deutschen logische Schlussfolgerungen verstehen würden und gleichzeitig die Entwaffnung der maritimen Mächte im Verhältnis zu der maritimen Entwaffnung, die Deutschland ausgesetzt wurde, zu verlangen. Die Ablehnung, die der „Temps“ hierbei versucht, ist bezeichnend. Aber wäre es nicht vielleicht praktischer, die Dinge von dem Gesichtspunkte aus zu betrachten, von dem aus die radikale „Bolonie“ sie heute vornehmlich gesehen hat. Dieses Blatt schreibt, es bleibe vor Einberufung der Konferenz das wichtigste Problem, die allgemeinen Grundzüge der Diskussion zu erörtern. Wisse man, daß die Vereinigten Staaten die geplante Konferenz einzig und allein auf die Abrüstung zu Lande beziehen wollen, um sich die Möglichkeit einer anderen Konferenz über die Seeabrüstung vorzubehalten? Großbritannien stehe aus anderen Gründen dieser Methode günstig gegenüber, während Frankreich und eine Anzahl anderer Staaten nicht daran denken, die Frage der maritimen Abrüstung und der Abrüstung zu Lande zu trennen.

Das Auswärtige Amt.

Im Verlauf der Aussprache im Haushalts-Ausschuss des Reichstages wurde in der Aussprache u. a. gefordert, adligen Anwärtern des Auswärtigen Amtes keine Bevorzugung zuteil werden zu lassen. Staatssekretär von Schubert bestritt an Hand von umfangreichem Zahlenmaterial diese Behauptung.

Bei der Auswahl des Nachwuchses werde lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren. Ministerialdirektor von Stöhrer vom Auswärtigen Amt ergänzte die Angaben des Vorredners und erläuterte die Bedingungen, die im allgemeinen für die Einstellung von Attachés im Auswärtigen Amt gelten. Die Vorbildung der Attachés soll in Zukunft auf drei Jahre bemessen werden.

Die Passivisten seien im deutschen Grenzverkehr völlig aufgehoben gegenüber Oesterreich, der Schweiz und Holland. Für Reisen nach Amerika seien Passivisten noch notwendig, aber ohne Kosten erhältlich. Verhandlungen zur völligen Beseitigung der Passivisten schwebten noch mit Schweden und Dänemark und bezüglich der Ermäßigung der Visagegebühren mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Es sei durchaus zu ersehen, daß das Auswärtige Amt mit allen Kräften auf die Beseitigung der Passivisten hinarbeite. Geheimrat Dr. Schneider vom Auswärtigen Amt gab eine ausführliche Darstellung der durchgeführten Vereinfachung in der Organisation des Auswärtigen Amtes und des wirtschaftlichen Nachrichtenwesens im Interesse der deutschen Wirtschaft. Ministerialdirektor Seilbrunn sprach über die Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Ein Zentrumredner bezeichnete die Mitteilung des Auswärtigen Amtes über die Personalpolitik für unbefriedigend, da sie den erforderlichen sozialen Geist vermissen lasse. Der Antrag der Kommunisten auf Streichung des Ministergehaltes wurde mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt.

Der deutsch-russische Zwischenfall.

Die Sowjetregierung entschuldigt sich.

In der Angelegenheit der Verletzung der für die deutsche Botschaft in Moskau bestimmten Post des Generalkonsulates in Tiflis hat die von der Sowjetregierung angestellte Untersuchung ergeben, daß ein Agent der transkaukasischen außerordentlichen Kommission aus eigener Initiative und ohne Wissen seiner Vorgesetzten auf dem Bahnhof in Tiflis den von dem deutschen Reisenden aufgegebenen Koffer zurückbehalten und das darin befindliche amtliche Paket geöffnet und beschlagnahmt hat.

Die Sowjetregierung hat auf Grund des Untersuchungsergebnisses durch einen Vertreter des Außenkommissariats dem deutschen Geschäftsträger ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und in einer Note von der Enthebung des schuldigen Agenten von seinem Posten Kenntnis gegeben. Auch ist seine Bestrafung in Aussicht gestellt.

Der an dem Vorfall mitschuldige Eisenbahnangestellte ist in Haft genommen und wird zur Verantwortung gezogen. Die deutsche Regierung sieht damit, soweit die in Aussicht gestellte Rückerstattung dieser Vorfälle als erledigt an. Wegen Regelung des früheren mit der Verhaftung der Konsularagenten im Zusammenhang stehenden Vorfalles sind die Verhandlungen mit der Sowjetregierung noch nicht abgeschlossen.

Erklärungen des Reichsinnenministers.

Die Bedeutung des Reichsinnenministeriums.

Bei der Vorstellung der Beamtenschaft des Reichsinnenministeriums hielt in Erwiderung der Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Dr. Zweigert Reichsminister des Innern Dr. Kütz eine Rede, in der er u. a. sagte:

Das Reichsinnenministerium des Innern ist die Zentralstelle alles innerpolitischen und kulturellen Geschehens, soweit die Zuständigkeit des Reiches hierzu gegeben ist. Hierin liegt die ungeheure staatspolitische Bedeutung dieses Amtes. Es ist klar, daß der Beamtenschaft eines solchen Amtes von der richtigen Staatsgesinnung erfüllt sein muß. Staatsgesinnung ist nicht notwendig identisch mit Parteigesinnung. Dem Staat, d. h. der Deutschen Republik zu dienen, ist selbstverständliche Pflicht jedes Beamten der Republik. Das sind lapidare Notwendigkeiten, an denen ich festhalten werde, und ich hoffe, daß alle Beamte, die das Bedürfnis haben, sich politisch zu betätigen, dabei nicht nur die Grenzen erkennen werden, die dienstlicher und persönlicher Takt ziehen, sondern vor allem auch die Grenzen einhalten, die die Rücksicht auf das Staatswohl gebietet.

Der Locarno-Pakt.

Eine Anfrage im kanadischen Parlament.

Reuter meldet aus Ottawa: Vor Wiederaufnahme der Debatte über die Thronrede im kanadischen Unterhaus sagte Reichsminister des Innern Dr. Kütz, daß er beschloßen habe, dem Parlament anzuzuschreiben, den Locarno-Vertrag zu ratifizieren.

Lapointe erwiderte, er erwarte weitere Mitteilungen von dem Staatssekretär für die Dominions und dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Bis zum Eingang dieser Mitteilungen habe die Regierung keine Erklärung abzugeben. Reichsminister antwortete, das brauche nicht die Regierung davon abzuhalten, sich inzwischen mit ihrer Haltung in bezug auf den Locarno-Vertrag verhalten zu machen.

Er fragte dann, weshalb, wenn die Regierung bereits zu einem Entschluß gekommen sei, er nicht verkündet werde. Lapointe erwiderte, die Frage sei nicht dringend. Er sagte wörtlich: Wir sind nicht zu dem Vertrag gezwungen, wenn das Parlament ihn ratifiziert, und inzwischen leidet niemand darunter.

Zur Fürstenabfindung.

Der Kompromißantrag.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung liegt jetzt im Wortlaut vor. Der Titel lautet: „Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern“.

§ 1 bestimmt, daß für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser ein Reichs-sondergericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten mit dem Sitz in Leipzig gebildet wird. Dieses Sondergericht entscheidet in der Besetzung von neun Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Präsident des Reichsgerichts oder ein Senatspräsident beim Reichsgericht als Stellvertreter. Der Reichspräsident ernannt den Stellv. Vorsitzenden und sechs weitere Mitglieder. Die notwendigen Stellvertreter müssen Mitglieder von Gerichten oder Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein. Sie werden ebenfalls vom Reichspräsidenten ernannt. Zwei weitere Mitglieder werden auf Vorschlag des Landes und der anderen Partei vom Präsidenten des Reichsgerichtes berufen. Der Präsident des Reichsgerichtes kann das Mitglied nach freiem Ermessen berufen, wenn innerhalb einer der Parteien von ihm zu sehenden Frist ein Vorschlag nicht gemacht wird. Die neun Mitglieder sind unabsetzbar.

Nach § 4 des Entwurfes stellt das Reichs-sondergericht auf Grund des Reichs-, Landes- und Gewohnheitsrechtes die Rechts- und Eigentumsverhältnisse fest und nimmt die Auseinandersetzung nach Billigkeit auf Grund der Richtlinien des § 5 vor. Nach diesen Richtlinien soll berücksichtigt werden, ob die einzelnen Vermögensstücke seinerzeit auf Grund eines privatrechtlichen Titels oder insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie auf Grund des Völler-, Staats- oder sonstigen öffentlichen Rechtes oder auf Grund von Gegenleistungen, die sie nur kraft ihrer Souveränität bewirken konnten, von den Fürsten erworben worden sind. Theater, Schlösser, Museen usw. soll das Land auf seinen Antrag in der Regel zum Eigentum erhalten. Für die Zuteilung von Land- und Forstbesitz soll die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten, wie Siedlungen, Stadterweiterungen usw., ausschlaggebend in Betracht gezogen werden.

Die Richtlinien des § 5 sehen weiter vor, daß bei der Bemessung der zuzusprechenden Entschädigung sowohl die wirtschaftliche wie die finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen ist, wie auch die Gewährleistung einer würdigen Lebenshaltung für die Fürsten. Der wesentlich herabgedrückten Wirtschaftslage des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit soll ebenfalls Rechnung getragen werden. Von den Fürsten an Dritte verliehene oder zugesicherte Gebrauchs- oder Nutzungsrechte sollen in geeigneter Weise sichergestellt werden.

Der § 6 befaßt, daß die den Fürstenhäusern durch Spruch oder Vergleich zugesprochenen Kapitalien oder Renten bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse des vormals regierenden Hauses oder zur Wohltätigkeits- oder Kulturzwecken verwendet werden sollen. Die Verbringung eines ausgezahlten Kapitals ins Ausland ist nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtung kann das Land eine zu zahlende Rente oder ein zu zahlendes Kapital ganz oder teilweise einbehalten.

Politische Tageschau.

++ Zum Reichsbeamtengefeß. Bei dem in einer Berliner Beamtenschaft vom 30. Januar irreführend als „Entwurf eines neuen Reichsbeamtengefeßes“ veröffentlichten Abdruck handelt es sich um eine überholte zum Teil finanziell überbelegene noch ungeordnete Zusammenstellung, die nur als Unterlage von Besprechungen dienen und ohne amtliche Stellungnahme die verschiedenen Probleme zur Debatte stellen sollte. Der auf Grund dieser Verhandlungen später aufgestellte Entwurf soll mit Vertretern der Länderregierungen bereits am 23. Februar beraten und alsdann den Beamtensorganisationen im Laufe des nächsten Monats vorgelegt werden.

++ Für gültig erklärte Wahlen. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstage erklärte unter dem Vorsitz des Abg. Nehrenbach (Zentr.) nach eingehenden Verhandlungen die Reichstagswahlen in den Wahlkreisen Berlin, Potsdam II, Potsdam I, Frankfurt a. O., Pommern, Mecklenburg, Westfalen-Nord und Westfalen-Süd für gültig.

++ Die Reichsstaatsaktion für das Rheinhochwassergebiet. Gegenüber den Befürchtungen des rheinischen Provinziallandtages, daß der preussische Staat die von ihm für die Hochwasserentschädigung bereits gegebene Summe auf die vom Reich zur Verfügung gestellte Beihilfe von 3 Millionen Mark anrechnen werde, stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest, daß die preussische Staatsregierung beabsichtigt, den auf Preußen entfallenden Anteil dieser Reichsmittel nicht auf die bereits gewährten oder noch in Aussicht genommenen Beihilfen des Staates selbst zu verrechnen. Sie werde diese Hilfe des Reichs vielmehr zur Entlastung der meistbetroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere im besetzten Gebiet benutzen, die sich bestimmungsgemäß ebenfalls an der staatlichen Hochwasserentschädigung zu beteiligen haben.

Der Kampf gegen die Schund- und Schmutzschriften.
Der Reichstagsausschuss für das Bildungswesen hat nunmehr den Paragraphen 2 des Gesetzentwurfes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften mit einer Ergänzung angenommen. Der Paragraph 2 handelt von den Prüfungen, durch die die Feststellung der Schund- und Schmutzschriften geschehen soll. Bei der Abstimmung wurde zum Paragraphen 2 ein von verschiedenen Parteien beantragter Zusatz angenommen, der den Kreis derjenigen Stellen genau umgrenzt, die berechtigt sind, die Aufnahme bestimmter Schriften in die Schundliste zu beantragen. In erster Linie gehören dazu die Landesregierungen und die Landesjugendämter.

Polen beabsichtigt seine Rüstungen herabzusetzen. Wie der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, ist die polnische Regierung bereit, ihre militärischen Rüstungen im Einverständnis mit der französischen Militärkommission in Warschau um nahezu die Hälfte herabzumindern.

Prag und der Vatikan. Nach Informationen der Prager Presse über die Botschaften, die der Erzbischof von Prag nach seiner Rückkehr aus Rom mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister hatte, ist ein Konkordat mit der päpstlichen Kurie nicht in Vorbereitung und nicht in Aussicht genommen. Die Regelung des Verhältnisses zwischen der Kirche und dem Staat werde im Geiste gegenseitiger Loyalität erfolgen.

Handelsteil.

Berlin, 2. Februar.

Devisenmarkt. Am Devisenmarkt behauptete das englische Pfund mit 4,88 1/2 seine Festigkeit, so daß die Reichsmark in London mit 20,43 1/2 und auch die übrigen europäischen Währungen gegen das Pfund leicht zurückgingen. Paris und Warschau unverändert.

Effektenmarkt. Die gestrigen starken Befestigungen der Terminmärkte veranlaßten die Spekulation teilweise zu Gewinnmitnahmen, so daß verschiedentlich anfangs leichte Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Die Haltung wurde später durchweg freundlich, zumal der Geldmarkt sich wieder verflüchtigte.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen märk. 24,1—24,6, Roggen märk. 14,8—15,5, Sommergerste 17,1 bis 19,8, Winter- und Futtergerste 14,2—16, Hafer märk. 15,6 bis 16,7, Weizenmehl 32,25—35,25, Roggenmehl 22,25—24,25, Weizenkleie 11—11,25, Roggenkleie 9,5—9,8.

Frankfurt a. M., 2. Februar.

Devisenmarkt. Im Devisenverkehr liegt das englische Pfund mit einem Gegenwert von 4,88 1/2 Dollar sehr fest. Der Pariser Franken ist mit 129,75 in Pfundparität wenig verändert.

Effektenmarkt. Bei Eröffnung der Börse etwas kräftiger. Einzelne Aktienmärkte hatten mehr oder weniger Kursabschwüchungen zu verzeichnen. Die Spekulation verhielt sich stark zurückhaltend, infolgedessen die Umsatztätigkeit sich stark vermindert zeigte. Der Markt zeigte im allgemeinen größere Widerstandsfähigkeit. Kreditschleusen stiegen auf 0,800, während Schuldscheinkauf auf 7,25 zurückgingen. Am Geldmarkt stellte sich erhebliches Angebot ein.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen 27, Roggen 17,75—18, Sommergerste 21,50—23,50, Hafer (inländ.) 18,50—21,50, Weizen (gelb) 19,50—19,75, Weizenmehl 40,75—41,25, Roggenmehl 26—26,50, Weizenkleie 10,75—11, Roggenkleie 11 bis 11,25.

Aus aller Welt.

Mord und Selbstmord. Ein kaufmännischer Angestellter in Nürnberg erschoss nach kurzem Wortwechsel seinen Schwager, einen Fabrikdirektor, weil dieser ihn am 1. Januar entlassen hatte. Er richtete dann die Waffe gegen sich und verletzte sich so schwer, daß er im Krankenhaus verstarb.

Zwei Kinder verbrannt. In Dietrichweiler entstand in dem Anwesen des Landwirtshepaares Stimmeler, das außerhalb des Dorfes weilt, aus bisher unangelegter Ursache ein Brand, der das Anwesen bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Aus den Trümmern wurden die Leichen der beiden Kinder des Ehepaares geborgen.

Politische Schlägereien. Auf dem Bahnhof Kaulsdorf bei Berlin kam es zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes und Mitgliedern des Jungde, wobei ein Jungmann durch Faustschläge am Kopf verletzt wurde. Auch auf dem Vorortbahnhof Mahlsdorf kam es zu

ähnlichen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes und des Jungde zu einem Zusammenstoß, wobei drei Angehörige des Jungde verletzt wurden. Die Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Über 11 000 Zusammenstöße im Jahre 1925. Im Jahre 1925 haben sich in Berlin insgesamt 11 166 Zusammenstöße ereignet. Verletzt wurden im Straßenverkehr 4929 Personen. An Todesopfern hat der Verkehr 143 gefordert.

In einem Granatloch verhungert und erstochen. Auf dem Tegeler Schießplatz fanden Spaziergänger die Leiche eines Mannes, der als ein 40 Jahre alter, aus Magdeburg gebürtiger Arbeiter festgestellt wurde. Die Besichtigung der Leiche ergab, daß der Mann unterernährt war und infolge der Schwäche in dem Unterchlupf, zu dem ihm das Granatloch diente, unter der Einwirkung der Kälte gestorben ist.

Die ungarischen Frankenfälschungen.

Die Begründung der Anklage.

Aus der Begründung der Anklageschrift zur Frankenfälschung gegen die 28 Angeklagten ist zu entnehmen:

Noch bevor die Fälschate ins Ausland gebracht worden waren, erlangte der Direktor der Postsparkasse Baroz nach eigenem Geständnis aus den Mitteilungen Radossys und Windisch-Gräß von ihrer Absicht Kenntnis. Da es ihm nicht gelang, den Prinzen und Radossy zur Einstellung ihrer Aktion und zur

vernichtung der Fälschate

zu bewegen, brachte er Vethlen zur Kenntnis, daß sich in den Räumlichkeiten des Nationalverbandes noch Tausenden Frankennoten befänden, die man auch verwerten wolle. Dies geschah ungefähr zwei Tage vor der Abreise des Ministerpräsidenten nach Genf Ende November.

Der Ministerpräsident ersuchte in einem Brief sofort den Präsidenten des Nationalen Verbandes, Berenyr, ihm Bericht zu erstatten, da die Regierung aufs strengste einschreiten werde. Berenyr teilte den Inhalt des Briefes Szoeritsch mit, der, obwohl er wußte, daß die falschen Banknoten in den Räumlichkeiten des Verbandes fortgesetzt und verpackt wurden, die Meldung erstattete, daß sich in den Lokalen des Verbandes keine Fälschate befänden. Berenyr teilte diese Erklärung Szoeritschs dem Ministerpräsidenten mit, der trotz dieser beruhigenden Antwort unmittelbar vor seiner Abreise nach Genf verfügte, der Staatssekretär im Ministerpräsidium, Baron Pronah, solle den Polizeichef im Namen des Ministerpräsidenten auffordern, in der Sache zu recherchieren.

Radossy nahm die Anordnung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, leistete ihr jedoch keine Folge. Szoeritsch, der Kenntnis davon erlangt hatte, daß dem Ministerpräsidenten Anzeige erstattet worden war, machte hiervon Windisch-Gräß, Radossy und Baroz Mitteilung, ohne zu wissen, daß letzterer Anzeige erstattet hatte. Hierauf brachten Rada und Szoeritsch die falschen Noten

nach der Wohnung des Prinzen Windisch-Gräß,

nach der Wohnung von Baroz und nach der neuen Wohnung Szoeritschs, der damals gerade umzog. Die Zahl und der Verbleib der Fälschate konnten nicht einmal mit annähernder Genauigkeit festgestellt werden. Nach den Angaben Geros hat die Zahl der Windisch-Gräß übergebenen Fälschate 24 bis 25 000 Stück keineswegs überschritten.

Nach den Angaben des Prinzen und Radas wurden etwa 5 bis 8000 Stück in der Wohnung des Prinzen verbrannt. Ebensoviele hätten auch Rada und Olschary verbrannt. Ueber den Verbleib der bei Szoeritsch versteckten etwa 6000 Stück hat Szoeritsch die Aussage verweigert.

Es wird sodann die Rolle der verschiedenen Personen erörtert, die sich mit der Verwertung der falschen Noten im Ausland befaßten sollten. Die Täter, in erster Reihe Windisch-Gräß, haben großes Gewicht darauf gelegt, daß alle Teilnehmer in dieser Angelegenheit dem Erzbischof Zadravez eifrig Verschwiegenheit gelobten. Aus den Geständnissen Zadravez läßt sich feststellen, daß er in den ersten Tagen des Oktober 1925 von dem Prinzen und Rada in einem Reisefloster 34 000 Stück französische Tausendfrankennoten behufs Verwahrung übernahm. Er behauptet jedoch, erst später davon Kenntnis erlangt zu haben, daß das Geld gefälscht sei.

Die Staatsanwaltschaft erachtet es als erwiesen, daß Zadravez die ihm zur Kost gelegten Handlungen begangen hat.

Die preussischen Großstädte.

Personenstandsziffern.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer Uebersicht der Statistischen Korrespondenz über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preussischen Großstädten im Oktober 1925 entnimmt, war die Heiratshäufigkeit im Durchschnitt im Berichtsmonat mit 10,41 Prozent größer als im September (9,39 Prozent), aber auch größer als im vierten Vierteljahr 1913 (9,67 Prozent). Die Geburtenziffer blieb im Oktober 1925 mit 18,33 Prozent unter der des Vormonats (19,06 Prozent) und weit unter der des vierten Vierteljahres 1913 mit 26,11 Prozent zurück. Die Sterblichkeit, die im Berichtsmonat mit 11,37 Prozent der des vierten Vierteljahres 1924 (11,21 Prozent) fast gleich war, blieb stark unter der Ziffer des vierten Vierteljahres 1913 (13,26 Prozent). Demgemäß hatte der Berichtsmonat einen Geburtenüberschuß (6,31 Prozent) von fast derselben Höhe wie das vierte Vierteljahr des Vorjahres: 6,37 Proz.; gegen das vierte Vierteljahr 1913 (12,03 Prozent) ist er fast auf die Hälfte gefallen. Günstig war im Berichtsmonat wie im Vormonat und im vierten Vierteljahr 1924 die Säuglingssterblichkeit mit 9,3 Prozent, 9,2 Prozent, 9,7 Prozent. Im vierten Vierteljahr 1913 hatte man noch eine Säuglingssterblichkeit von 13 Prozent. Die Städte Berlin und Wiesbaden hatten im Berichtsmonat einen Sterbeüberschuß.

Letzte Nachrichten.

Eine Erklärung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Berlin, 2. Februar. Die Leitung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner bezeichnet in einer Erklärung den geplanten Demonstrationstreik als eine politische Spielerei. Die alten Gewerkschaften hätten nicht nur unter Duldung des Dawes-Abkommens unterzeichnen lassen, sondern sie hätten die Unterzeichnung gefordert, bestimmt aber hätten ihre Vertreter in den Parlamenten das Abkommen mit Ja beantwortet. Das heutige Massengelenk sei die Auswirkung des Abkommens, wofür die alten Gewerkschaften die Verantwortung zu übernehmen hätten. Die nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner sei der Meinung, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn, der nur international denken könne, erst dann wieder eine wahre deutsche Politik treiben werde, wenn die deutsche Eisenbahn wieder in deutschen Händen liegt.

General Suchomilow gestorben.

Berlin, 2. Februar. Heute vormittag ist, wie der „Asien-Europa-Dienst“ meldet, in einem Berliner Krankenhaus des Roten Kreuzes der Kriegsminister Russlands während des Kriegsausbruches, General W. A. Suchomilow, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Zusammenkunft Stresemanns mit Briand.

Berlin, 2. Februar. Wie die „B. Z.“ wissen will, dürfte die geplante Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand in der letzten Februarwoche stattfinden. In der Sitzung des auswärtigen Ausschusses erfuhr das Blatt, daß von seiten der Rechtsparteien neue Anträge vorbereitet werden, die eine Verschiebung des Annahmedetermins für den Eintritt in den Völkerverbund bezwecken.

Die Strafanträge im Fememordprozess.

Berlin, 2. Februar. In dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Fememordprozess ergriff der Oberstaatsanwalt das Wort zur Anklage. Er stellte folgende Anträge: Die Angeklagten Schirmann, Stein und Aschenlampff sind wegen Mordes zum Tode zu verurteilen, desgleichen der Angeklagte Denn wegen Anstiftung zum Mord. Die wegen Anstiftung zum Mord unter Anklage stehenden Angeklagten Hauptmann a. D. Gutknecht und Oberleutnant von Senden sind mangels Beweises freizusprechen. Der Angeklagte Schmidt ist wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus, die Angeklagten Reibler und Senehlag wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der Angeklagte Weder ist freizusprechen, der Angeklagte Stoppelberg wegen Unterlassung der Anzeige von einem bevorstehenden Verbrechen zu drei Jahren Gefängnis zu verurteilen. Sodann ergriff der Verteidiger Rechtsanwalt Bloch das Wort zum Plädoyer.

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Eckenstein.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
G. Kerner, Stuttgart.

Sie schätzte Herrn Hollsten aufrichtig. Nicht, weil er zu den reichsten Fabrikanten der Stadt gehörte und ihr immer mit besonderer Liebenswürdigkeit begegnet war, ohne Spur von Hochmut oder Probenhaftigkeit, sondern vielsach, weil sie ihn für einen wahrhaft guten, edlen — und glücklichen Mann hielt.

Die ganze Stadt war seinerzeit in Aufregung gewesen, als der reiche Lederfabrikant zwei Jahre nach dem Tode seiner ersten Frau plötzlich wieder heiratete — ein siebzehnjähriges, blutjunges Ding, ohne einen Heller Geld, das für die Operette ausgebildet worden sein sollte.

Bisher konnte man Frau Leila nichts Ernstliches nachsagen. Sie war sehr schön — schwarzhaarig und rosig wie Schneewittchen — hatte ihrem Mann 2 Mädchen geboren und brachte sein Geld unter die Leute. Hollsten betete sie an, obwohl sie nun schon neun Jahre verheiratet waren und die jungen Männer ihr auf Tod und Leben den Hof machten, wozu Frau Leilas kokettes Wesen und die grauen Haare ihres um dreißig Jahre älteren Gatten sie offenbar ermutigten.

„Sie ist mitunter töricht und unbefonnen, meine kleine Leila“, hatte Hollsten einmal halb entschuldigend zu Hella Ludmann gesagt, „aber sie ist immer ein entzückend süßes Kind, dem man nicht zürnen kann. Ich wollte, Sie würden ihre Freundin, Fräulein Ludmann, und gewöhnen Einfluß auf sie! Sie hat viele Bekannte, aber keine einzige Freundin. Der Umgang mit einem so ernst, harmonischen Wesen, wie Sie sind, war immer, was ich für Leila wünschte.“

Aber zu dieser Freundschaft war es nie gekommen. Hella hatte immer eine instinktive Abneigung gegen Frauen vom Schlage Leilas gehabt.

Seit heute verachtete sie sie aus tiefstem Herzensgrund. Um ihre Willen hätte sie gewiß nicht geschwiegen. Aber der Mann, der arme, brave Mann...

„Nein, dem durste sie das keinesfalls antun. Inbetracht, wer weiß, vielleicht war ja alles auch gar nicht wahr, was der Fremde ihr erzählt? Vielleicht war er wirklich der Mörder und hatte das Stelldichein nur erfunden, um sich die Flucht zu erleichtern?“

Trotzdem, je länger Hella über die Sache nachgrübelte, desto fester wurde ihr Entschluß, zu schweigen.

Darüber wurde sie allmählich ruhiger, stand auf und kleidete sich an. Ich will es vergessen und gar nicht mehr daran denken“, sagte sie sich entschlossen.

Da „achte auch die Majorin schon wieder zur Tür herein.“

„Du stehst auf, Hella, ist Dir schon wirklich besser?“

„Ich bin vollkommen frisch und gesund, Mama, und schäme mich ordentlich, Dir solch einen Schreck einzujagen zu haben. Es ist zu dumm — ohnmächtig zu werden! Ein so kerngesundes, robustes Mädel, wie ich bin!“

„Du überanstrengst Dich eben mit den vielen Stunden...“

„Vielleicht. Darum gebe ich die Hollstenschen Kinder nun auch auf. Aber Du siehst ja ganz blaß aus, Mama, hast Du Dich am Ende ernstlich gefordert um mich?“

„Ja, das auch...“

„Und sonst? Die dumme Mordgeschichte wird Dir doch nicht mehr im Kopf herumgehen? Denke gar nicht mehr daran! Und vor allem nimmst Du mir nun ein Schlichchen Wein. Warte, ich hole Dir welchen.“

Hella eilte in das anstößende Gemach, das Es- und

Bohnzimmer zugleich war. Die Majorin war ihr gefolgt. Statt aber das Glas Wein auszutrinken, das Hella ihr aufnöthigte, nippte sie nur davon, stellte es auf den Tisch und zog die Tochter neben sich auf das Sofa.

„Ich möchte mit Dir reden, Hella. Der Name läßt mir nun einmal keine Ruhe. Immer muß ich daran denken. Man sollte doch nachforschen...“

„Wonach denn, Mama?“

„Der dieser ermordete Heinrich Rosen gewesen ist. Es ist doch sehr merkwürdig! Denn Heinrich ist wirklich kein alltäglicher Name. Und in unserer Familie ist er seit vielen Generationen gebräuchlich... ich möchte fast sagen: traditionell. Wenn es nun am Ende ein Nachkomme des verschollenen Großonkels Hugo wäre? Daß er gerade Rosen heißt, ist auch sonderbar. Es könnte leicht eine Abkürzung von Rosenschwert sein...“

„Und wenn, Mama?“ jagte Hella ernst. „Wenn es nun wirklich ein Nachkomme des verschollenen Freiherrn Hugo von Rosenschwert, also ein Verwandter von uns wäre, was dann? Knüpfst Du Hoffnungen daran?“

„Nein. Der Prozess, der meines armen Vaters Leben verbitterte, ist ja verloren und ich habe mich damit abgefunden... aber denke doch, Hella, ein Verwandter! Ein Blutsverwandter! Wo wir alle so fest überzeugt waren, daß es keinen Rosenschwert mehr gäbe! Von Onkel Hugos weiteren Schicksalen weiß man ja gar nichts. Nicht, wohin er gegangen, noch was aus ihm geworden ist.“

Ob er zugrunde gegangen, geheiratet und Kinder gehabt oder irgendwo als einsamer Hagestolz gestorben ist? Man hat sich immer so sehr bemüht, etwas darüber zu erfahren, aber alle Nachforschungen, die Dein Großpapa diesbezüglich anstellte, blieben erfolglos. Und zu denken, daß nun doch vielleicht ein Rosenschwert existiert und so

(Fortsetzung folgt.)

Bitte um Beachtung!

Angeichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, der allgemeinen Not und mannigfachen Bedrängnisse, denen die Gesamtheit sowie jeder Einzelne ausgesetzt sind, müssen wir es als unsere Hauptaufgabe betrachten, Zant und Streit innerhalb der Gemeinde durch unsere Zeitung nicht neue Nahrung zu geben. Wir bitten deshalb alle in Betracht kommenden Personen u. Korporationen Angriffe gegen andere Personen oder Gesellschaften in unserer Zeitung soviel als möglich zu unterlassen oder in einer erträglichen Form vorzubringen. Wir selbst haben die Absicht dem Wohle des Ganzen zu dienen und stellen unsere Kräfte zu jeglicher Ausbaurbeit u. jedem versöhnlichen Werke gern und immer zur Verfügung. Bezüglich seiner Anklagen möge aber jeder bedenken, daß ein schmäherndes Wort gesprochen dem ruhenden Dorn, geschrieben dem stehenden Pfeil

gedruckt aber dem mordenden Dolche gleichkommt.—

Die Schriftleitung.

Der Luftverkehr im besetzten Rheinland.

Berlin, 2. Februar. Im Laufe dieser Woche hofft man in der deutschen Luftwaffe mit den vorbereitenden Maßnahmen soweit fertig zu sein, daß die Aufstellung des Streckennetzes für die am 1. April beginnende neue Luftverkehrszeit in Angriff genommen werden kann. In wie weit es möglich sein wird, den Kölner Flughafen zu einer großen Anflughafen für die Flugstrecke nach Paris und London auszubauen, wird von den Pariser Luftfahrtverhandlungen abhängen.

Freiherr Karl von Weizsäcker gestorben.

Stuttgart, 2. Februar. Der frühere württembergische Ministerpräsident, Freiherr Karl von Weizsäcker, ist heute im Alter von 73 Jahren in Stuttgart gestorben.

Die erste Etappe in den deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen.

Basel, 2. Februar. Der schweizerische Bundesrat nahm heute in einer besonderen vertraulichen Sitzung den Bericht der Sachverständigenkommission entgegen, die die ersten Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in Berlin führte. In den Kreisen der schweizerischen Delegation rechnet man für Ende Mai bis Juni mit dem Abschluß eines Handelsvertrages. Diese Schlussverhandlungen sollen in Genf stattfinden.

Der Kardinalstaatssekretär tritt nicht zurück.

Rom, 2. Februar. Die vatikanische „Correspondenza“ behauptet, daß die Blätter des In- und Auslandes den bevorstehenden Rücktritt des Kardinalstaatssekretärs Gasparri anzeigen. An und für sich, meint die Korrespondenz, wäre ein Dementi einer solchen Nachricht überflüssig. Aber angesichts der Hartnäckigkeit, mit der diese Nachricht im In- und Ausland immer wieder verbreitet werde, sei sie zu der Erklärung autorisiert, daß Kardinalstaatssekretär Gasparri in seinem Amte bleiben werde, und daß der Papst ihm volles Vertrauen und liebevolles Wohlwollen entgegenbringe.

Preussischer Landtag.

Berlin, 2. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Dr. Hermes (D.) gegenüber einer kleinen Anfrage der Deutschvölkischen Freiheitspartei die Erklärung ab, niemand habe jemals gewagt, ihm Besetzungsgelder anzubieten, weder in Sachen Barmat, noch in irgendeiner anderen Angelegenheit.

Nach Eintritt in die Tagesordnung beschäftigte sich das Haus mit dem Gesetzentwurf, der das Staatsministerium ermächtigt, eine

Anleihe von 150 Millionen Reichsmark

aufzunehmen und diese Beträge für die Ausgestaltung des staatlichen Bestandes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landeskultur zu veranschlagen. Der Ausschuss hat den Finanzminister ermächtigt, die Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen. Der Landtag erteilt nachträglich seine Genehmigung dazu, daß für die erwähnten Zwecke vorschrittweise insgesamt 7 125 558 RM. verausgabt werden sind. Es ist unzugänglich zum Kauf von Domänen ein Betrag von 7 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, der insbesondere für die westlichen Landestteile und in Schleswig-Holstein Verwendung findet.

Finanzminister Dr. Hüpper-Schöff betont zu dem Gesetzentwurf, man wolle im Einvernehmen mit der Privatwirtschaft und dem Reich das Ziel verfolgen, das ganze Land mit billigem Strom zu versorgen. Bei den Häfen handele es sich um die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens Wesermünde, um den Ausbau des Erz- und Eisenhafens im neuen Binnenhafen Emden und um den weiteren Ausbau des Stettiner Hafens. Der Stettiner Hafen komme insbesondere als wichtiger Umschlagplatz für den Verkehr mit Russland in Frage. Emden und Stettin hätten hohe Bedeutung als Erzeinfuhrhäfen. Der Ausbau von Wesermünde als Fischereihafen diene dem Ziele, uns unabhängig zu machen von fremder Fischereieinfuhr. Bezüglich der Bergwerke handele es sich um die Umstellung in die Form der Privatwirtschaft. Die Förderung der Siedelung und der Landeskultur solle die landwirtschaftliche Produktion heben und die Versorgung Deutschlands durch die eigene Landwirtschaft sicherstellen. Der preussische Staat verfüge über ein Vermögen, das ihn berechtige, Anleihen abzuschließen.

Aus Nah und Fern.

Aus dem Rheingau. Bei drei Zwangsversteigerungen kamen vor allem Rheingauer, ferner aber auch Rheinpfälzer Wein, darunter sehr schöne Gewächse, unter den Hammer. Es wurden dabei erzielt für 2 Halbstück 1922er Nistlicher Korbberg und Reichelsberg 265 und 310 Mk., für 8 Halbstück 1922er 270—380 Mk., bei der dritten Versteigerung von Flaschenweinen, insgesamt 800 Flaschen, erzielte die Flasche 1919er Hattenheimer Bergweg (Original-Absfüllung) 1 Mk., 1920er Winkeler Giesberg Riesling (Original-Absfüllung) 1.50 Mk., 1920er Johannisberger Erntebrot (Originalabsf.) 1.90 Mk., 1921er Deidesheimer Schloßberg (Wachstum Wingerverein) 1.50 Mk., 1921er Forsterstraße (Originalabsf.) 2.10 Mk. — Im freihändigen Weinderauf ist es still. Bei einem Verkauf in Lorch, wobei 40 Halbstück 1925er den Besitzer wechselten, wurden 450—600 Mk. je Stück (1200 Liter) und bei einem Abschlusse in Lorchhausen für das Halbstück 1924er 300 Mk. angelegt.

Schierstein. Das durch die Entgleisung gesperrte Gleis ist seit heute Nacht 11 Uhr wieder frei. Der Verkehr wird eingeleitet durchgeführt.

Erbenheim. Der für Donnerstag angelegte Ferkelmarkt fällt aus, weil unter dem Rindviehbestand des Landwirts Karl Aug. Maurer und in dem Gemeindefall die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist und daher vorläufig Ortsperre eintreten mußte.

Aus dem Landkreis. Die Bautätigkeit scheint sich in diesem Jahre im Landkreis Wiesbaden zu beleben. Damit das Kreisbauamt schon jetzt ein Bauprogramm für das Jahr 1926 aufstellen kann und dabei die nötige Übersicht über die Verwendung der für die Wohnungsbautätigkeit aufkommenden Hauszinssteuer erhält, ist es erforderlich, daß die einzelnen Bauaufträge ihr Vorhaben dem Bauamt bis zum 1. März melden.

lokales.

Gedenktafel für den 4. Februar.

1682 * Der Erfinder des Porzellans Friedrich Böttger in Schleiß († 1719) — 1695 † Feldmarschall Georg v. Derfflinger in Gausow (* 1606) — 1814 Sieg der Preußen unter York über die Franzosen bei Châlons-sur-Marne — 1842 * Der Literaturhistoriker Georg Brandes in Kopenhagen († 1921) — 1871 * Friedrich Ebert, Präsident des Deutschen Reiches, in Heidelberg († 1925)

— Protest-Versammlung. Am Montag Abend fand im Saale „Zum Hirsck“ eine von der „Fraktion der Linken“ einberufene Protest-Versammlung statt. Der Besuch war außerordentlich stark und wird von Besuchern auf 800 Personen geschätzt, auch zahlreiche Frauen waren anwesend. Eine große Anzahl mußten ohne Platz gefunden zu haben, wieder umkehren. Die Versammlung verlief in bester Ruhe und Ordnung und die Menge hörte die Ausführungen der Redner mit größtem Interesse an. Es sprachen die Herren Gemeindevertreter Andreas Schwarz, Adam Hart und Eduard Seil und Andere. Auch Herr Bürgermeister und Kommunalparlamentsabgeordneter Scheffler aus Biebrich, der auf Einladung erschienen war, nahm wiederholt das Wort und erteilte reichlich Beifall. In der Diskussion sprachen die Herren Heinrich Theis, Giesler und Martin Hartmann. Die Redner richteten ihre Angriffe hauptsächlich gegen die Art des Abschlusses bezüglich der geplanten Wasserleitung und gegen die Besetzung des Gemeindevorstandes, für welche sie die Zentrumsfraktion als verantwortlich bezeichneten. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die heutige Massenkundgebung, die von allen Schichten der Bevölkerung besucht sei, Veranlassung werde, alle gezeigten Mißstände zu beseitigen und Ruhe und Frieden in der Gemeinde wieder herzustellen.

1 Maskenball. Der Ruderverein 08 veranstaltete am Samstag Abend im Schützenhof einen Maskenball, der auch dieses Jahr wieder der Glanzpunkt der Flörsheimer Carnevals-Veranstaltungen werden soll. Beginn 8.11 Uhr. Kein Karr und keine Karrin die etwas Besonderes erleben wollen, dürfen diesen Maskenball veräumen, aber teuren wird es jeden, der nicht kommt. Man beachte das Inserat in heutiger Nummer!

Preismaskenball. Der Arbeitergesangverein „Frisch Auf“ weist noch einmal auf seinen am kommenden Samstag, den 6. Februar im Saale „zum Hirsck“ stattfindenden Preismaskenball hin. Zur Verteilung gelangen 6 wertvolle Preise für die schönsten Masken und Gruppenmasken. Die Preise sind im Schaufenster des Herrn A. Will, Widererstraße ausgestellt. Näheres im Inseratenteil.

Sportverein 09. Am kommenden Sonntag weist die erste Mannschaft im Verbandsspiel in Camberg und ist der dortige H-Neuling nicht zu unterschätzen, zumal „Nassau-Wiesbaden“ nur 3:2 gewinnen konnte. Die Mannschaft fährt Sonntag Vormittag 10.30 Uhr ab Vereinslokal per Auto. Interessenten, die mitfahren wollen, können Karten am Samstag Abend 9 Uhr im Vereinslokal lösen.

Handball. Am Sonntag fertigte die 1. Mannschaft des Turn-Vereins die 1. Mannschaft der Borussia Küsselsheim mit 9:1 ab. Küsselsheim stellt in seinem Gau eine der besten Mannschaften und um so höher ist der Sieg der Flörsheimer Turner einzuschätzen. — Am Sonntag Abend 8.67 Uhr wird die modernste Handballmannschaft der Welt mit 6 Internationalen 3 Repräsentative und 2 Amateuren vom Turn-Verein Altona im Hirsck auf den Plan treten. Jeder muß dieses Spiel sehen, hierzu kein Extra-Eintritt.

„Tarzans Rückkehr in den Urwald“ letzter Teil „Der Goldschah von Opar“ 8 Akte nebst einem Dodo- und Bubi-Lustspiel läuft ab Freitag in den „Kathäufershof-Vieltheatern“. Aber den Film selbst brauchen wir nichts zu sagen. Jeder der den 1. Teil gesehen hat, kann davon erzählen. Für die Lachmuskeln ist auch reichlich Sorge getragen. Man beachte bitte unser Inserat in der heutigen Nummer.

— r. Ehrentag des Rundfunks. Die mitternächtige Feier der Befreiung Kölns am verfloffenen Sonntag war auch für den Rundfunk ein Ehrentag. Am Abend war von dem Frankfurter Sender das schöne Märchenstück „Die Königsfinder“ in der trefflichen musikalischen Bearbeitung von Engelbert Humperdinck gegeben worden. Zum Schluß kam die Mitteilung, die Hörer sollten am Apparat bleiben, um 12 Uhr wäre die Übertragung der Befreiungsfeier in Köln. Diese Nachricht wurde mit Begeisterung aufgenommen und nicht wenige Hörer dürften dieses Erlebnis veräumen haben. Punkt 12 Uhr ließ die „Deutsche Glocke am Rhein“ im Dom zu Köln (früher Kaisererglocke) ihren schweren Klang ertönen. Dann vernahm man klar und deutlich die Ansprachen des Kölner Oberbürgermeisters Abenauer und des preussischen Ministerpräsidenten Braun und hierauf den vieltausendstimmigen Dantgesang: „Herr großer Gott, Dich loben wir!“ Als zum Schluß die Glocken von allen Türmen Kölns zu läuten angingen, war diese gewaltige Tonhymne auch ohne Hörer sehr deutlich vernehmbar. So dürfte die Mitternachtsfeier am verfloffenen Sonntag in Köln auch vielen Tausenden, die nicht anwesend waren, mit Hilfe des Rundfunks zu einem Erlebnis geworden sein, dessen Erinnerung noch lange in der Seele nachhallen dürfte. Die Übertragung geschah von Köln über die Sendestation Münster i. W.,

Zur genauen Beachtung!

Um ein geregelttes Erscheinen unseres Blattes zu ermöglichen, müssen wir als strenge Ordnung einführen, daß alle Manuskripte bis Montags, Mittwochs und Freitags abends 6 Uhr spätestens in unserer Hand sind. Nur ganz wichtige und wenige Ausnahmen: Todes-Anzeigen, wichtige Bekanntmachungen kleineren Umfangs und ähnliches, können bis Dienstags, Donnerstags und Samstag vormittags 9 Uhr entgegengenommen werden. Wer diese Ordnung nicht einhält, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn seine Anzeige, sein Artikel überhaupt nicht oder nur stark verkürzt Aufnahme finden können.

Der Verlag.

Königs-Wusterhausen nach Frankfurt a. M. Welch eine große Perspektive eröffnet sich mit diesen Erungenschaften für die Zukunft des Rundfunks!

Keine neuen Millionenkredite an die Wirtschaft. Zu der in der Presse verbreiteten Mitteilung über angebliche Millionenkredite an die Wirtschaft aus öffentlichen Mitteln ist festzustellen, daß sich das gegenwärtige Reichskabinett ebenso wie das vorhergehende mit der Frage beschäftigt, wie der Wirtschaft in der augenblicklichen schwierigen Lage Erleichterung gebracht werden kann. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß auch nur annähernd die genannten phantastischen Summen zur Verfügung gestellt werden können. Es ist insbesondere auch zu bedenken, daß die zur Zeit verfügbaren öffentlichen Mittel bereits in der Wirtschaft arbeiten und es sich bestenfalls darum handeln kann, diese Mittel in anderer Weise als bisher der Wirtschaft zuzuleiten. Ueberdies geht das Reichskabinett, wie in der Regierungserklärung deutlich ausgesprochen wurde, vor allen Dingen darauf aus, Steuererleichterungen herbeizuführen, wodurch sich die für Kreditzwecke zur Verfügung stehenden Mittel selbstverständlich vermindern.

Konturte im Jahre 1926. Daß der Höhepunkt der Krise noch nicht überschritten ist, geht aus den Ziffern der Konturteröffnungen hervor, die sich noch immer in steigender Richtung bewegen. Es sind nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ im Januar 1926 Konturte eröffnet worden, also wesentlich mehr als im Vormonat, obwohl die Dezemberziffer (1688) bereits einen Rekord darstellte. Auch die Geschäftsauffichten sind weiter gestiegen, und zwar von 1397 auf 1578.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Erklärung.

1. Mit dem hiesigen Elternbeirat teile ich den Standpunkt, daß von einem Lehrer, der eine katholische Lehrerstelle innehat und katholischen Religionsunterricht erteilen will, verlangt muß, daß er seine kirchlichen Pflichten erfüllt.

2. Wenn ein Lehrer seine kirchlichen Pflichten nur zum ganz geringen Teil erfüllt, indem er nur hie und da im Gottesdienst an Sonntagen erscheint, verdient er nicht das Vertrauen kathol. Eltern und er sollte nicht den Anspruch erheben, katholischen Religionsunterricht zu erteilen. Flörsheim, den 3. Februar 1926. Pfarrer Klein.

Der Kreisaußschuß in Wiesbaden (Bezirksfürsorgeverband Abteilung Kreisbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge) beabsichtigt, wie im vorigen Jahre, auch in diesem Jahre den Konfirmanden und Kommunikanten der Schwerkriegsbeschädigten und Kriegserwitwen ein Paar Schuhe kostenlos zu überlassen. Ich ersuche die in Frage kommenden Personen am Freitag, den 5. Februar 1926 vorm. von 8—12 Uhr dieserhalb auf dem hiesigen Rathaus Zimmer Nr. 11 vorstellig zu werden.

Betreffend: Entfernung der Raupennester an den Obstbäumen.

Da sich in diesem Jahr außerordentlich viele Raupennester an den Bäumen befinden, werden die Besitzer derselben nochmals aufgefordert, die Raupen bis spätestens 1. März, zu entfernen. Wer bis zum festgesetzten Termin der Auflage nicht nachgekommen ist, erhält die Beseitigung der Raupen durch Gemeindearbeiter, auf seine Kosten ausgeführt.

Es wird darauf hingewiesen daß in diesem Jahre das Auftreten der Raupen außerordentlich groß ist und die Obsterte in Frage gestellt wird. Zur Zeit befinden sich dieselben noch geschlossen im Nest, sodas die Bekämpfung am wirksamsten ist. Beim ersten Sonnenschein wird das Nest verlassen und eine Bekämpfung ist nicht mehr möglich. Flörsheim a. R., den 2. Februar 1926. Die Polizeiverwaltung: gez. Laud, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Am nächsten Freitag den 5. Februar ds. Jrs. vorm. 11 Uhr läßt die katholische Kirchengemeinde öffentlich die Fläche mit Kapelle in der Bahnhofstraße Kartenblatt 24 Parzelle Nr. 247/27 groß 27 qm. ausbieten.

Flörsheim, den 2. Februar 1926. Laud, Ortsgerichtsvorsteher.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 6.30 Uhr hl. Messe nach Meinung Schwesternhaus, Auslegung des Allerheiligsten bis 2 Uhr. 7.30 Uhr Amt zum allerb. Herzen Jesu. Samstag 7 Uhr Johramt für Schwester Teodofia. 7.30 Uhr Amt für die Verstorb. der Familie Karl Wagner I.

Israelitischer Gottesdienst.

Samstag, den 6. Februar 1926. Sabbat: Vistro. 4.45 Uhr Vorabendgottesdienst. 9.00 Uhr Morgengottesdienst. 2.00 Uhr Minchagebet. 6.05 Uhr Sabbatausgang.

Bermischtes.

△ Die Provinzial- und Bezirksstraßen in Hessen. Eine Regierungsvorlage sieht in Aufhebung des Gesetzes vom 12. August 1896 den Uebergang sämtlicher Kunststraßen (ehemaliger Staats- und Kreisstraßen) in den Besitz der drei hessischen Provinzen vor. Der Vorstand des Hessischen Landgemeindetages befahte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit diesem Gesetzesentwurf. Der Vorstand konnte in der geplanten Neuordnung keine Verbesserung für die Gemeinden erblicken, da die Provinz ihr Hauptaugenmerk auf die Unterhaltung der Durchgangsstraßen richtet und deshalb die Unterhaltung der Bezirksstraßen, die für die Gemeinden von überwiegender Interesse sind, nach und nach eine nur untergeordnete Bedeutung erlangen wird. Auch sieht der Vorstand in der geplanten Neuverwaltung keine Vereinfachung, sondern lediglich ein Anwachsen des Verwaltungsapparates. Den Landgemeinden wird deshalb nur die Beibehaltung des bisherigen Systems (Verwaltung durch die Kreise) empfohlen. Der Hessische Landgemeindetag wird seine Stellungnahme in nächster begründeter Eingabe an die Regierung zu bringen suchen.

△ Heizbare Waggons für den Weinbergsand. Der Rhein- und Mosel-Weinbändler-Verband hatte bei der Reichsbahn-

Direktion Frankfurt a. M. dahin Schritte unternommen, daß für den Weinbergsand heizbare Eisenbahnwagen zur Verfügung gestellt werden möchten. Auf die Anfrage ist nun folgender Bescheid ergangen: Heizbare Wagen zum Weinbergsand stehen leider nicht zur Verfügung. Auch die Reichsbahndirektion Mainz hat derartige Wagen nicht; sie wird aber Versuche mit besonderen Wagen Heizapparate von längerer Brenndauer anstellen. Vom Ergebnis dieser Versuche wird es abhängen, ob die Apparate Eisenbahnseitig eingeführt werden oder nicht.

△ 150jähriges Jubiläum der „Wormser Zeitung“. Die im Verlage der Buchdruckerei Kranzbühler erscheinende „Wormser Zeitung“ kann am 7. Februar den Tag ihres 150jährigen Bestehens begehen. Die Buchdruckerei Kranzbühler selbst besteht jedoch schon länger und kann sogar auf ein 225jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß des Jubiläums findet am Sonntag, den 7. Februar, vormittags 11 Uhr, im Mozartsaal des Städtischen Spiel- und Festhauses in Worms eine Jubiläumssfeier statt.

△ Maul- und Klauenseuche. Infolge Neuanbruchs der Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Rabolzhausen wurde über die Gemeinden Roshdorf, Hochstadt, Feschenheim, mit Ausnahme des Ortsteils Maintur und der Sanan-Frankfurter Landstraße, Müdingen, Bruchköbel, der Gutsbezirk Paterstöberhof, der Steinweg der Gemeinde Sananfeldbold vom Markt bis

zur Kreuze, der Bruderliebkecherhof Kölschhof und die Gemeinde Rabolzhausen die Sperre verhängt.

△ Stadtverordnetenwahlen in Königstein. In Königstein haben abermals Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden, da die letzten Wahlen wegen eines Formfehlers ungültig erklärt worden waren. Es erhielten: Zentrum 435 Stimmen und 5 Sitze (bisher 5), Sozialdemokratische Partei 267 Stimmen und 3 Sitze (bisher 2), Bürgerliste 334 Stimmen und 4 Sitze (bisher 3), Wiederaufbauhilfe 57 Stimmen und 1 Sitz (bisher 1), Handwerk, Gewerbe und Hausbesitz 201 Stimmen und 2 Sitze (bisher 3), Demokraten 50 Stimmen keinen Sitz (bisher 1), Liste Stadtwahl 58 Stimmen, keinen Sitz. Die Wahlbeteiligung betrug 76 Prozent.

△ Beim Robeln tödlich verunglückt. Im nahen Oberambach ist ein 16jähriger Bursche beim Robeln demotisch verunglückt, daß er keinen Verletzungen erlag.

△ Wiedereröffnung des Blücher-Museums. Nachdem die Ausstellungsgegenstände, die nach Beendigung des Krieges vorübergehend ins besetzte Gebiet geschafft worden, jetzt wieder zurückgeführt sind, wird das Blücher-Museum demnächst in den historischen Zimmern des uralten Gasthauses „Zur Stadt Mannheim“, die Generalfeldmarschall Fürst Blücher in den denkwürdigen Tagen des Rheinübergangs bei Caub in der Neujahrsnacht 1813/14 als Quartier gebietet haben, wieder eröffnet.



Ein Faschingstraum?

beim Preismaskenball mit Prämierung im „Sängerheim“

und Preis-Kreppelessen ist der ungeheurer Nachfrage wegen

unwiderruflich

am Sonntag, 7. Febr. abends 6.71 Uhr

bis Nachts 2 Uhr

mit 8 Mann starkem Orchester.

Kommen Sie rechtzeitig! Der Andrang ist stets derselbe! Eine nochmalige Wiederholung in diesem Jahre ausgeschlossen.

Sport-Verein 09 **So. J.** Flörsheim a. M.



Ruder-Verein 1908
Flörsheim a. M.

Zu dem am Samstag, den 6. Februar 1926 in der reich illuminierten Narrhalla „Schützenhof“ stattfindenden großen

» Masken-Ball «

mit feierlicher Eröffnung durch das närrische Komitee laden wir alle Närrinnen und Narren herzlich ein.

Anfang 8.11 Uhr. Eintritt Mk. 1.— für nichtmaskierte Mitglieder 0.50 Pfg. Für beste Speisen und Getränke nach Belieben sorgt der Narrenwirt.



Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Ganz besonders danken wir Herrn Bürgermeister Lauck für seinen herzlichen Glückwunsch und sein schönes Geschenk, das er im Namen der Gemeinde überreichte. Ferner herzlichen Dank dem Eisenbahner- und Weichensteller-Verein für seine schöne Musikdarbietungen und Geschenke, sowie dem Vorstand der beiden Vereine für die herzlichsten Glückwünsche. Nochmals Allen die uns an diesem Tage erfreuten herzlichsten Dank.

Alexander Vowinkel und Frau Elisabeth geb. Richter

Ruß- und Brennholzversteigerung.

In dem Bischofsheimer Gemeindevwald werden am kommenden Montag, den 8. ds. Mts. vormittags um 9.30 Uhr an Ort und Stelle folgende Holzsortimente versteigert:

aus Abteilung 14b.
180 Stück Fichten Derbstangen I. Kl. - 9.66 Fm.
290 " " " II. Kl. - 7.04 Fm.
330 " " Reißstangen I. Kl. - 3.46 Fm.

aus Abteilung 14a.

84 Rm. Eiche Scheller
1 Rm. Buche Scheller
7 Rm. Birke Scheller
99 Rm. Eiche Knüppel
9 Rm. Birke Knüppel
3 Rm. Kiefern Knüppel
46 Rm. Eiche Knüppel Reifig
2 Rm. Kiefern Knüppel Reifig

aus Abteilung 14b.

1 Rm. Eiche Scheller
3 Rm. Birke Scheller
1 Rm. Birke Knüppel
28 Rm. Kiefern Knüppel
12 Rm. Kiefern Knüppel Reifig

Zusammenkunft findet an der Schaffenburgstraße und Buchtränkchenseite statt. Auskunft über das Holz erteilt Herr Förster Feldmann, Raunheim am Main.

Bischofsheim, den 2. Februar 1926.
Hessische Bürgermeisterei Bischofsheim Fischer.

Arbeiter-Gesangverein

„Fisch-Auf“, Flörsheim a. M.

Strömt herbei ihr Narren all
In den schönen Hirschwirtsaal
Der Arbeiter-Gesangverein
Ladet Euch recht herzlich ein
zu seinem



großen Preismasken-Ball

am Samstag, den 6. Februar im Saale „zum Fisch“. Zur Verteilung gelangen 6 wertvolle Preise an die 6 schönsten Masken und Gruppenmasken. — Kasseneröffnung 7.11 Uhr. Beginn 8.11 Uhr. Das närrische Komitee. Eintritt 1.— M. Nichtmaskierte Mitglieder 50 Pfg.



Frau, ich lass mich pensionieren!
Dann werd ich dich mal kurieren -
Hühneraugen & Kleinigkeit ---
LEBEWOHL hilft jederzeit!

* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl für die Zehen und Lebewohl-Balmschleiben für die Fußsohle, Blechdose (8 Plaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fussbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachteln (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: H. Schmitt, Wickererstr. 10.

Wollen Sie alte Kleiderstoffe oder Vorhänge färben?
So benötigen Sie meine

Warm- und Kaltwasser-Farben

Ohne Hände und Gefäße zu beschmutzen, färben Sie alles wie neu! — Ebenso können Sie mit meinem Entfärber

alle Farben aus Stoffen entfernen und in allen Farben neu auffärben. Sämtliche Farben erhalten Sie in der Drogerie.
Nicolaus Schollmayer, Mainz, Augustinerstr. 39

Streut Futter den hungernden Vögel.

Sämtl. Schreibarbeiten

Abschriften jeglicher Art, Entwurf v. Zivilprozessklagen Klageantwortungen, Privatklagen, Vormundschaftsrechnungen, Einzichungen von Forderungen, Steuer-Erklärungen, Voranmeldungen, Gesuch-, Reklamationen, Anträge um Ermäßigung der Haus- und Gebäudeversicherungsteuer, werden schnell, diskret und billig ausgeführt durch

W. Nennich

Büro für Rechts- u. Steuerkunde
Dachheim am Main.
Sprechstunden in Flörsheim a. M.
Bahnhofsrestaurant J. Messerschmitt, allwöchentlich Dienstags, Donnerstags und Samstag 2-6 nachm.
Besorgungen von Kataster- und Anlagenschemata - Führung von Geschäftsbüchern.

Kath. Gesellen-Verein.

Heute Abend pünktlich um 8 Uhr ist der 2. Winterortrag. Herr Studienrat Kürzel aus Hofheim wird über den gestirnten Himmel sprechen und uns ihn in Lichtbildern zeigen. Jedermann ist freundlich eingeladen.

Große Preisermäßigung im Februar-Verkauf!

Schlafzimmer

in schwerster Ausführung fertig und liefert als Spezialität unter langjähriger Garantie die Möbelschreinerei Joh. Winter, Kristel, Gartenstr. 9, Geogr. 1901, Telefon 455 Amt Hofheim.

Inferieren bringt Gewinn.

KL „Karthäuserhof - Lichtspiele“

Freitag Samstag 8 1/2 Sonntag 4 u 8 1/2 Uhr

Der große Urwaldfilm

Tarzan 2. Teil

„Der Goldschatz von Opar“ 8 Akte.

Außerdem

„Bubi als Rennfahrer“

„Dodo als Fremdenführer“

4 Akte zum Teufeln.

Sonntag 4 Uhr Kinder-Vorstellung.

Man bittet Manuskripte nur einseitig zu beschreiben.